

Protokoll der 80. Sitzung des Begleitausschusses

Tag: 14.12.2020
Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Ort: 15907 Lübben, Beethovenweg 14, großer Beratungsraum
Leitung: Herr Saß
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

1. Rückblick Demokratiekonferenz

Herr Saß führte aus, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des BGA, dem federführenden Amt und der Stiftung SPI aufgrund von unüberwindbaren Verwerfungen ab 01.01.2021 endet. Die neue Besetzung der KuF wird geprüft. Optionen und Konstellationen der Zusammenarbeit werden abgestimmt.

Die Arbeit des Jugendforums des Kreisfeuerwehrverbandes Dahme-Spreewald e. V. wurde positiv bewertet. In diesem Zusammenhang wurde Frau Victoria Wolling von Herrn Saß als Mitglied in den BGA berufen.

Für die Sitzung des Kreistages am 16.12.2020 liegt ein Antrag einer Fraktion zur Bildung eines Jugendbeirates mit dem Ziel der Jugendbeteiligung auf Kreisebene vor. Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen fünf Punkte. Diese sind:

- Bildung eines Jugendbeirates auf Grundlage des § 18a Kommunalverfassung Brandenburg
- VertreterInnen des Beirates als sachkundige EinwohnerInnen in die Fachausschüsse berufen
- Teilnahmerecht an den Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages zur Behandlung von Vorlagen, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen betreffen
- Mitglieder des Jugendbeirates sollen eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten
- Mitwirkung in einer Arbeitsgruppe betreffs des § 18a in Vorbereitung von Beschlüssen

In der Diskussion wurden die Erfahrungen der vergangenen Jahre ausgetauscht. Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen von unten nach oben ist wichtig. Der Blick aus der Erwachsenenwelt führt bei Kindern und Jugendlichen nicht zum Erfolg. Die praktische Umsetzung könnte durchaus durch den BGA begleitet werden. Geeignete Projekte können über den LAP finanziert werden.

2. Fortsetzung der BGA Arbeit

Gemäß der vorliegenden Eindämmungsverordnung können die Sitzung als Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden.

Die Durchführung von Videokonferenzen für die kurzfristige Entscheidung von Anträgen (bisher Umlaufbeschlüsse) wird von der Verwaltung geprüft.

Die Mehrheit der Mitglieder befürwortet die Präsenzsitzungen, da auch in diesen die Projektträger die Möglichkeit erhalten sollen das Projekt persönlich vorzustellen.

3. Terminabstimmungen

Die Demokratiekonferenz und Klausurtagung sollte in den Sommermonaten stattfinden. Ein Treffen mit den Vertretern des Jugendforums ist zu planen und durchzuführen. Im Rahmen einer 2-tägigen Veranstaltung könnten beide Themen behandelt werden. Eine entsprechende Terminvereinbarung mit dem Jugendbildungszentrum Blossin erfolgt.

Ein Erfahrungsaustausch mit den PfdEn MOL und TF ist zu prüfen. Eine Einladung zu uns in den LDS ist zu favorisieren. In Vorbereitung der Erfahrungsaustausche und der o. g. Demokratiekonferenz wird eine s. g. „Denkgruppe“ gebildet, die gemeinsam mit dem federführenden Amt Vorabstimmungen durchführt.

4. Festlegungen:

1. Das federführende Amt prüft die technischen Voraussetzungen der Verwaltung für die Durchführung von Videokonferenzen/Hybridsitzungen für den BGA.
2. Die Geschäftsordnung (Arbeitsgrundlage) ist betreffs der Durchführung von Videokonferenzen und Hybridsitzungen auf Grundlage der Notlagenverordnung des Landes Brandenburg zu prüfen.
3. Die Denkgruppe, besteht aus Herrn Thiele, Herrn David, Frau Gelhaar-Heider, Herrn Grunert, Herrn Liebe und Herrn Hähnlein. Herr David hat die Funktion des Koordinators übernommen.
4. Die erste Sitzung findet am 22.02.2021 statt. Es wird versucht für diese eine Hybridvariante anzubieten.
5. Das Jugendforum übernimmt die Gespräche mit der RVS zur Nutzung der Werbeflächen auf den Bussen im LDS.

6. Sonstiges

Der Verwaltung liegt ein Angebot der VerkehrsMedien NordOst GmbH zur Unterstützung der Kampagne Demokratie leben! vor. Es ist beabsichtigt Busse (Werbefläche) mit dem Logo der Pfd zur Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit zu bekleben. Die Mitglieder des BGA haben es zur Kenntnis genommen und an die Möglichkeiten der RVS verwiesen. Herr Liebe wird entsprechend die Kontakte mit dem Verantwortlichen herstellen.

Frau Gelhaar-Heider hat zu dem bestehenden Siedlungsprojekt in der Gemeinde Steinreich nachgefragt. Die Übersendung der Beantwortung der Anfrage im Landtag wird mit dem Protokoll wurde zugesagt.

Enders

